Antrag 37/I/2022

Jusos

Der/Die Landesparteitag möge beschließen:

Empfehlung der Antragskommission

Annahme (Konsens)

Freiwilligendienste stärken - Nein zum Pflichtjahr und Ja zu mehr Dienststellen und einer Mindestaufwandsentschädigung

1 Zur Stärkung der Solidargemein-
2 schaft, des bürgerschaftlichen
3 Engagements und nicht zuletzt
4 der Demokratie braucht es kei-
5 nen Zwang, sondern vielmehr
6 Anreize und gerechte Bedingun-
7 gen. Bundesweit engagieren sich
8 jährlich tausende, hauptsächlich
9 junge Menschen in Freiwilli-
10 gendiensten wie dem FSJ, dem
11 FÖJ oder dem BFD. Doch ihre
12 Interessen finden kaum Gehör.
13 Stattdessen wird eine Debatte
14 über ein Pflichtjahr geführt,
15 die sowohl an der Realität der
16 Freiwilligen als auch an der der
17 vielen Trägerorganisationen
18 vorbei geht.
19 Wir fordern die SPD auf, sich ge-
20 gen einen Pflichtdienst und statt-
21 dessen für eine Stärkung der Frei-
22 willigendienste und eine tatsäch-
23 liche Verbesserung der Situation
24 der Freiwilligen auszusprechen
25 und einzusetzen.
26 Dies beinhaltet:
27 Mehr Freiwilligendienststellen

Der Antrag vermengt unter-
schiedliche Punkte. Es ist mit-
unter unklar, was die konkrete
Forderung ist.

28 Aktuell gibt es jährlich bei weitem
29 mehr Bewerber*innen als Plät-
30 ze für einen Freiwilligendienst.
31 Dies zeigt, dass es nicht am En-
32 gagement der jungen Menschen
33 fehlt, sondern an einem zufrie-
34 denstellenden Angebot und einer
35 entsprechenden Ausstattung der
36 Trägerorganisationen.

37 Wir fordern, dass ausreichend
38 Freiwilligendienststellen geschaf-
39 fen und finanziert werden, damit
40 jede*r, der/die einen Freiwilli-
41 gendienst absolvieren möchte,
42 die Möglichkeit dazu hat. Die
43 Knappheit der Plätze und die
44 geringe finanzielle Ausstattung
45 der Trägerorganisationen führt
46 insbesondere dazu, dass ver-
47 gleichsweise immer noch wenige
48 Menschen aus bildungsferneren
49 Schichten angesprochen werden
50 und hauptsächlich Menschen mit
51 höheren Schulabschlüssen einen
52 Platz für einen Freiwilligendienst
53 erhalten. Um den gesellschaftli-
54 chen Zusammenhalt zu stärken,
55 braucht es also zuallererst genü-
56 gend Dienststellen.

57 Auch Freiwillige haben eine Men-
58 schenwürde: Für eine gerechte
59 Mindestaufwandsentschädigung
60 Es ist sehr undurchsichtig, was
61 Freiwillige aktuell als Aufwands-

62 entschädigung erhalten. Fakt ist
63 aber, dass es vielfach nicht zum
64 Leben ausreicht und die Ableis-
65 tung eines Freiwilligendienstes
66 deshalb oft nur möglich ist, wenn
67 man weiterhin bei den Eltern
68 wohnen kann oder anderweitig
69 familiäre Unterstützung hat.

70 Eine stichprobenartige Unter-
71 suchung der Aufwandsentschä-
72 digungen offenbart sehr große
73 Unterschiede je nach Träger
74 und Bundesland (z.B. 300 € -
75 700 €). Die Unterschiede der
76 Höhe der Aufwandsentschädi-
77 gungen lassen sich in erster Linie
78 nicht durch die unterschiedli-
79 chen Mittel, die den Trägern zur
80 Verfügung stehen, den Unter-
81 schieden in den Tätigkeitsfeldern
82 oder den Unterschieden bei
83 den Lebenshaltungskosten in
84 den unterschiedlichen Regionen
85 Deutschlands erklären, Deshalb
86 müssen diese bundesweit fai-
87 rer und einheitlicher gestaltet
88 werden.

89 Aktuell erhalten Freiwillige für
90 jeden Monat eine Aufwands-
91 entschädigung, welche das
92 Taschengeld und Geldersatz-
93 leistungen für Unterkunft und
94 Verpflegung beinhaltet. Eine Min-
95 derheit der Freiwilligen[1]¹ erhält

96 statt der Geldersatzleistung für
97 Unterkunft eine Wohnung durch
98 die Einsatzstelle gestellt. Für
99 das Taschengeld gibt es dabei
100 eine gesetzlich geregelte obere
101 Grenze. Im JFDG und BFDG steht
102 dazu: *“Angemessen ist ein Taschen-*
103 *geld, wenn es 6 Prozent der in der*
104 *allgemeinen Rentenversicherung*
105 *geltenden Beitragsbemessungs-*
106 *grenze nicht übersteigt.”* Im Jahr
107 2022 liegt hierbei diese Grenze
108 bei 423€[2]². Diese Grenze darf
109 aber nicht mit der Grenze für
110 die gesamten Aufwandsentschä-
111 digungen verwechselt werden,
112 welche es gar nicht gibt, da keine
113 maximale Höhe für die Geld-
114 ersatzleistungen festgelegt ist.
115 Die geringen Aufwandsentschä-
116 digungen der Träger*innen sind
117 also nicht mit dieser maximalen
118 Grenze des Taschengeldes zu
119 erklären.

120 Schon in einem Evaluationsbe-
121 richt der Bundesregierung[3]³
122 wurde die Empfehlung bezüglich
123 der Rahmenbedingungen der
124 Freiwilligendienste gestellt, dass
125 Taschengelder angemessener
126 und vergleichbarer gestaltet
127 werden sollten. So heißt es: *“Die*
128 *Höhe des Taschengeldes sollte*
129 *entsprechend der Regelung in § 2*

130 *Nr. 4 b BFDG innerhalb der glei-*
131 *chen Einrichtung, in vergleichbaren*
132 *Einrichtungen sowie bei vergleich-*
133 *baren Tätigkeiten unabhängig vom*
134 *Freiwilligendienstformat gleich*
135 *sein."*

136 Aus diesem Evaluationsbericht
137 geht auch hervor, dass sich viele
138 Träger*innen, Einsatzstellen und
139 Freiwillige eine Erhöhung der
140 Taschengelder wünschen[4]⁴.
141 Nach der Stichprobe scheint es
142 allerdings, dass dies trotz der ge-
143 stiegenen Lebenshaltungskosten
144 immer noch nicht passiert ist.

145 Darum muss der Gesetzge-
146 ber aktiv werden und eine
147 angemessene Mindestaufwands-
148 entschädigung im Jugendfreiwil-
149 ligendienstgesetz (JFDG) und im
150 Bundesfreiwilligendienstgesetz
151 (BFDG) festlegen. Als Mindest-
152 maß könnte die Höhe der
153 Grundsicherung (2022: 449€) die
154 Höhe des BAFöG Höchstsatzes
155 (2020/2021: 861€) oder die Höhe
156 des Gehaltes des Freiwilligen
157 Wehrdienstes (Einstiegsgehalt:
158 1400€) festgelegt werden. So-
159 fern Familienangehörige des/der
160 Freiwilligen ALGII oder zukünftig
161 Bürger*innengeld beziehen, soll
162 die Mindestaufwandsentschädi-
163 gung nicht auf das Einkommen

164 der Bedarfsgemeinschaft ange-
165 rechnet werden.

166 Außerdem fordern wir, dass Frei-
167 willige vom Rundfunkbeitrag be-
168 freit werden.

169 Freiwillige arbeiten meist Voll-
170 zeit und auch wenn sie gesetz-
171 lich nicht als Beschäftigte gel-
172 ten, haben sie eine Menschen-
173 würde, die es zu schützen gilt.
174 Deshalb ist es das Mindeste,
175 dass die Aufwandsentschädigung
176 der Höhe des Bürger*innengel-
177 des entspricht und ihr Existenz-
178 minimum sichert. Die Zahlung
179 einer Mindestaufwandsentschä-
180 digung kann außerdem dage-
181 gen vorbeugen, dass Freiwilligen-
182 dienststellen geschaffen werden,
183 um den Mindestlohn zu umge-
184 hen.

185 Ziel sollte es in jedem Fall sein,
186 allen jungen Menschen einen
187 Freiwilligendienst zu ermögli-
188 chen, egal wie deren finanzielle
189 Situation aussieht und ob diese
190 von ihren Familien unterstützt
191 werden oder nicht. Die bisheri-
192 gen Aufwandsentschädigungen
193 reichen bei den gestiegenen
194 Lebenshaltungskosten für viele
195 junge Menschen nicht aus.

196 Freie Fahrt für Freiwillige: Freiwil-
197 lige brauchen ein bezahlbares Ti-

198 cket

199 Aktuell müssen Freiwillige einen
200 Großteil ihres Taschengeldes in
201 Fahrtkosten investieren.

202 Unabhängig von der Frage, ob es
203 eine Nachfolge für das 9-€ Ti-
204 cket geben wird, fordern wir, dass
205 die Trägerorganisationen durch
206 Bund und Land so ausgestattet
207 werden, dass sie die Fahrtkosten,
208 die den Freiwilligen durch ihre
209 Fahrt zur Dienststelle entstehen,
210 übernehmen.

211 Dies ändert nichts an unserer
212 Forderung nach einem 365 € Ti-
213 cket für alle Auszubildenden und
214 Freiwilligen und langfristig nach
215 einem fahrscheinlosen, beitrags-
216 finanzierten ÖPNV für alle Men-
217 schen.

218 [1]⁵ siehe Seite 84 je nach Dienst
219 1-20% der Freiwilligen im Evalua-
220 tionsbericht³

221 [2]⁶ [https://www.jugendfreiwil-
222 ligendienst.de/antworten-auf-
223 haeufige-fragen.html](https://www.jugendfreiwilligendienst.de/antworten-auf-haeufige-fragen.html)⁷

224 [3]⁸ Abschlussbericht der ge-
225 meinsamen Evaluation des
226 Gesetzes über den Bundesfrei-
227 willigendienst (BFDG) und des
228 Gesetzes zur Förderung von
229 Jugendfreiwilligendiensten (JFDG)
230 von 2015

231 <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj>

232 fj/service/publikatio-
233 nen/abschlussbericht-der-
234 gemeinsamen-evaluation-
235 des-gesetzes-ueber-den-
236 bundesfreiwilligendienst-
237 bfdg-und-des-gesetzes-
238 zur-foerderung-von-
239 jugendfreiwilligendiensten-
240 jfdg-96150⁹
241 [4]¹⁰ siehe Seiten 259, 262, 264
242

243 **Begründung**

244 Schon 2020 haben wir als Ju-
245 sos auf dem Bundeskongress ei-
246 nen Beschluss zu Jugendfreiwil-
247 ligendiensten gefasst.[1]¹¹ Seit-
248 dem hat sich an der Situation
249 der Freiwilligen aber leider nichts
250 verbessert. Stattdessen ist nicht
251 nur durch die CDU, sondern teils
252 auch durch Vertreter*innen un-
253 serer Partei eine Debatte um ei-
254 nen Pflichtdienst für junge Er-
255 wachsene entstanden. Deshalb
256 ist dieser Antrag als Erneuerung
257 und Erweiterung der Forderun-
258 gen, die wir vor zwei Jahren ange-
259 nommen haben, zu verstehen.

260 Unabhängig davon, dass ein
261 Pflichtdienst viele Milliarden Euro
262 kosten würde, lehnen wir einen
263 solch schweren Eingriff in die
264 Handlungsfreiheit und in das
265 Selbstbestimmungsrecht der

266 jungen Erwachsenen ab. Junge
267 Menschen engagieren sich schon
268 jetzt sehr vielfältig und es sollte
269 ihnen auch in Zukunft freistehen,
270 selbst zu entscheiden, wie und
271 wann sie sich in ihrem Leben
272 engagieren möchten. Gerade
273 vor dem Hintergrund der Coro-
274 napandemie, in der besonders
275 der Alltag junger Menschen
276 sehr stark eingeschränkt wurde
277 und ihnen viele Erfahrungen,
278 die sämtliche Generationen vor
279 ihnen machen durften, unwie-
280 derbringlich genommen wurden,
281 erscheint die Einführung eines
282 Pflichtdienstes widersinnig und
283 völlig aus der Zeit gefallen.

284 Wir halten einen Pflichtdienst im
285 aktuellen System auch nicht für
286 verhältnismäßig. Solange nicht
287 zumindest für alle interessierten
288 Freiwilligen eine Stelle verfügbar
289 ist, sollte gar nicht über eine dis-
290 kutiert werden.

291 Während diese Debatte jedoch
292 geführt wird, finden die Interes-
293 sen der Menschen, die gerade
294 einen Freiwilligendienst absolvie-
295 ren oder Interesse daran haben,
296 in der Öffentlichkeit kaum Gehör.
297 Sie gehen auch in den Haushalts-
298 verhandlungen meist unter.

299 Im Gegenteil sieht es danach aus,

300 als würden die Mittel im nächs-
301 ten Haushalt weiter gekürzt wer-
302 den.[2]¹² Deshalb bedarf es einer
303 größeren Aufmerksamkeit für die
304 Situation der Freiwilligen und ei-
305 ner Anerkennung des großen En-
306 gagements. Dieses bringen so-
307 wohl die Freiwilligen, aber auch
308 die vielen, meist gemeinnützigen
309 Trägerorganisationen, trotz der
310 aktuell so schlechten Ausstattung
311 auf.

312 Zu Recht wird immer wieder
313 herausgestellt, dass die Ableis-
314 tung eines Dienstes für die Ge-
315 sellschaft oder für die Umwelt
316 viele wertvolle Erfahrungen be-
317 schert und zum Zusammenhalt
318 der Gesellschaft beiträgt. Außer-
319 dem fördern Jugendfreiwilligen-
320 dienste die Bildungsfähigkeit von
321 Jugendlichen und müssen des-
322 halb auch im Kontext der Bil-
323 dungsgerechtigkeit gesehen wer-
324 den.[3]¹³ Wenn dem aber so ist,
325 darf es nicht vom Einkommen der
326 Eltern und von sonstigen sozialen
327 Rahmenbedingungen abhängen,
328 ob überhaupt, und wenn ja wo,
329 sich ein junger Mensch die Ab-
330 leistung eines Freiwilligendiens-
331 tes leisten kann. Deshalb brau-
332 chen wir neben mehr Dienststel-
333 len vor allem eine gerechte Min-

334 destaufwandsentschädigung für
335 alle Freiwilligendienstleistenden.
336 [1]¹⁴ Freie Fahrt für Freiwillige:
337 Jugendfreiwilligendienste stärken
338 – nicht nur in der Mobilität, son-
339 dern insgesamt!¹⁵ - angenomme-
340 ner Antrag beim JuSo BuKo No-
341 vember 2020

342 [2]¹⁶ <https://www.bundes->
343 [tag.de/dokumente/textar-](https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2022/kw38-pa-buerg-engagement-freiwilligendienst-908696)
344 [chiv/2022/kw38-pa-buerg-](https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2022/kw38-pa-buerg-engagement-freiwilligendienst-908696)
345 [engagement-freiwilligendienst-](https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2022/kw38-pa-buerg-engagement-freiwilligendienst-908696)
346 [908696](https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2022/kw38-pa-buerg-engagement-freiwilligendienst-908696)¹⁷

347 [3]¹⁸ §1 JFDG¹⁹

¹#_ftn1

²#_ftn2

³#_ftn3

⁴#_ftn4

⁵#_ftnref1

⁶#_ftnref2

⁷<https://www.jugendfreiwilligendienste.de/antworten-auf-haeufige-fragen.html>

⁸#_ftnref3

⁹<https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/service/publikationen/abschlussbericht-der-gemeinsamen-evaluation-des-g>

¹⁰#_ftnref4

¹¹#_ftn1

¹²#_ftn2

¹³#_ftn3